

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Andrej Hunko, Dr. Alexander S. Neu, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 18/1167 –

Für eine neue Ostpolitik Deutschlands

A. Problem

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion herrscht in den deutsch-russischen Beziehungen „Eiszeit“, weshalb eine „neue Ostpolitik“ als notwendig erachtet wird. Sie fordert die Bundesregierung u. a. auf,

- Vorschläge für eine Wiederverbesserung des deutsch-russischen Verhältnisses vorzulegen,
- im Rat der Europäischen Union die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland abzulehnen,
- sich gegen „Regime Change“ in Russland auszusprechen,
- sich für die Überprüfung aller Körbe der Helsinki-Konferenz von 1973 einzusetzen,
- im Minsk-Prozess von allen Seiten die Umsetzung der Verpflichtungen einzufordern und die NATO aufzulösen und sie durch ein ziviles kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss von Russland zu verfolgen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/11167 abzulehnen.

Berlin, den 22. März 2017

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Dr. Christoph Bergner
Berichterstatter

Franz Thönnies
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Christoph Bergner, Franz Thönnies, Wolfgang Gehrcke und Marieluise Beck (Bremen)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/11167** in seiner 218. Sitzung am 16. Februar 2017 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion herrscht in den deutsch-russischen Beziehungen „Eiszeit“, weshalb eine „neue Ostpolitik“ als notwendig erachtet wird. Sie fordert die Bundesregierung u. a. auf,

- Vorschläge für eine Wiederverbesserung des deutsch-russischen Verhältnisses vorzulegen,
- im Rat der Europäischen Union die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland abzulehnen,
- sich gegen „Regime Change“ in Russland auszusprechen,
- sich für die Überprüfung aller Körbe der Helsinki-Konferenz von 1973 einzusetzen,
- im Minsk-Prozess von allen Seiten die Umsetzung der Verpflichtungen einzufordern und die NATO aufzulösen und sie durch ein ziviles kollektives Sicherungssystem unter Einschluss von Russland zu verfolgen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 18/11167 in seiner 107. Sitzung am 22. März 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/11167 in seiner 88. Sitzung am 22. März 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/11167 in seiner 81. Sitzung am 8. März 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/11167 in seiner 81. Sitzung am 22. März 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/11167 in seiner 92. Sitzung am 22. März 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 22. März 2017

Dr. Christoph Bergner
Berichtersteller

Franz Thönnies
Berichtersteller

Wolfgang Gehrcke
Berichtersteller

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstellerin

